

Mit viel weniger Reibung als die Änderung in der Besetzung der Redaktion des „Vorwärts“ vollzog sich Ende 1905 eine bedeutungsvolle Änderung in der Organisation der Sozialdemokratie Groß-Berlins, nämlich die Zusammenfassung seiner Wahlvereine in einen großen einheitlich geleiteten Verband. Auch gegen sie gab es hier und dort Opposition, aber sie war unpersönlich und trat nirgends störend hervor.

Noch ehe der Vorwärtskonflikt zum Ausbruch gekommen war, hatte am 15. Oktober 1905 in Berlin die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg getagt. Außer der Entgegennahme des Jahresberichts, der in allen Rubriken gute Fortschritte verzeichnen konnte, und der Erledigung sonstiger laufender Geschäfte, galten seine Beratungen wiederum der Organisationsfrage. Ein Statutenentwurf, den die von der vorjährigen Konferenz eingesetzte Kommission ausgearbeitet hatte, fand im Prinzip Zustimmung, mittlerweile hatte aber der Jenaer Parteitag dadurch eine neue Situation geschaffen, daß das von ihm beschlossene Statut der Gesamtpartei die Bildung von ganzen Bezirks- oder Provinzialverbänden vorschrieb. Demgemäß wurde beschlossen, der Agitationskommission den vorgelegten Entwurf und die auf ihn bezüglichen Anträge als Material zu überweisen und sie im übrigen zu beauftragen, sich mit den Vertretern der verschiedenen Wahlkreise der Provinz über die Einzelheiten des Statuts für den zu gründenden Verband zu verständigen.

Am dieselbe Zeit wurde in Berlin und seinen Nachbarwahlkreisen die von einigen Genossen seit längerer Zeit erstrebte Bildung des Verbandes Groß-Berlin in Konferenzen der Vorstände und Vertrauenspersonen eingehend beraten. Wie schon an anderer Stelle bemerkt, stieß der Gedanke bei einem Teil der Parteimitglieder auf Gegnerschaft, die hauptsächlich in der Furcht wurzelte, daß die Zentralisation das selbständige Leben der einzelnen Wahlkreise beeinträchtigen werde. Es fanden darüber lebhafte Auseinandersetzungen in den einzelnen Wahlkreisen statt, die Einwände schlugen jedoch bei der großen Mehrheit der Vertrauenspersonen nicht durch. In 20 Sitzungen ward von einer zu diesem Zweck eingesetzten Spezialkommission der Statutenentwurf des zu gründenden Verbandes Punkt für Punkt sorgfältig durchberaten und der so zustande gekommene Entwurf ward dann den Wahlvereinen der einzelnen Wahlkreise zur Durchberatung vorgelegt. Nachdem diese erfolgt war, ward auf den 17. Dezember eine Delegiertenversammlung für Groß-Berlin einberufen, die endgültig über die Gründung des Verbandes Beschluß fassen sollte. Nach dem Entwurf, dessen Behandlung in den Wahlvereinen gezeigt hatte, daß seine Annahme in der Hauptsache im voraus als sicher zu betrachten war, sollte der Verband föderativ aus den Wahlvereinen der acht Reichstagswahlkreise von Groß-Berlin derart aufgebaut werden, daß für jeden Wahlkreis ein Kreiswahlverein die Grundeinheit zu bilden hatte. Um dieser Vorschrift Genüge leisten zu können, wurde im Kreise Niederbarnim am 3. Dezember 1905 von einer Delegiertenversammlung dieses Kreises die Gründung eines Kreiswahlvereins an Stelle der bisherigen Föderation der Bezirksverbände beschlossen, und ebenso vollzogen am 15. Dezember die beiden Wahlvereine Berlin IV Ost und Südost ihre Vereinigung zu einem Wahlverein des vierten Berliner Reichstagswahlkreises.

Nachdem so die Grundlage für den zu schaffenden Verband hergestellt war, fand am 17. Dezember 1905 im großen Germaniaaal in der Chaussee-